

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

ZU:

Bericht der Landesregierung - Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm für das Land Brandenburg 2020 - 2025 „Gleichberechtigt - Zukunft - Gestalten“ (Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm III) - Drucksache 7/3152 vom 11.03.2021

Berichterstatter:

Abgeordneter Björn Lüttmann (SPD)

Beschlussempfehlung:

Dem Landtag Brandenburg wird die Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung „Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm für das Land Brandenburg 2020 - 2025 ‚Gleichberechtigt - Zukunft - Gestalten‘ (Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm III)“, Drucksache 7/3152, empfohlen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag überwies den Bericht der Landesregierung „Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm für das Land Brandenburg 2020 - 2025 ‚Gleichberechtigt - Zukunft - Gestalten‘ (Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm III)“, Drucksache 7/3152, in seiner 39. Sitzung am 24. März 2021 an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz befasste sich in seiner 35. (öffentlichen) Sitzung am 14. April 2021, in der 39. (öffentlichen) Sitzung am 5. Mai 2021 und abschließend in seiner 43. (öffentlichen) Sitzung am 2. Juni 2021 mit dem Bericht (Drucksache 7/3152). In der 39. (öffentlichen) Sitzung fand ein öffentliches Fachgespräch statt.

B. Beratung

Der Bericht der Landesregierung „Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm für das Land Brandenburg 2020 - 2025 ‚Gleichberechtigt - Zukunft - Gestalten‘ (Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm III)“, Drucksache 7/3152, zielt darauf ab, das Bekenntnis des Landes Brandenburg zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft zu bekräftigen und fortzuschreiben. Mit diesem soll die Bedeutung von Frauen- und Gleichstellungsthemen für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichtbar werden. Der ressortübergreifende Bericht setzt vier Schwerpunkte (Armut und Armutsbekämpfung, Teilhabe, Digitalisierung sowie Rechtspopulismus und Antifeminismus), um den Verfassungsauftrag des Artikel 12 der Verfassung des Landes Brandenburg zu erfüllen. Das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm (GPR) III (Drucksache 7/3152) benennt hierfür in fünf Handlungsfeldern Ziele und konkrete Maßnahmen.

Der Ausschuss beschloss auf gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen und der Fraktion DIE LINKE vom 13. April 2021 in der 35. (öffentlichen) Sitzung am 14. April 2021 einstimmig und ohne Stimmenthaltung, ein Fachgespräch zu dem Beratungsgegenstand durchzuführen. Der Einladung zu dem öffentlichen Fachgespräch in der 39. (öffentlichen) Sitzung am 5. Mai 2021 kamen nach: Frau Christiane Bonk (Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Oranienburg), Frau Anke Robert (Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e. V.), Frau Birgit Uhlworm (SelbstHilfegruppen Alleinerziehender [SHIA] e. V. - Landesverband Brandenburg) und Frau Christina Wolff (Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten an brandenburgischen Hochschulen, Zentrale Gleichstellungsbeauftragte der Universität Potsdam).

Die Anzuhörenden begrüßten die Fortschreibung des GPR III (Drucksache 7/3152). Gleichstellungspolitik sei eine Querschnittsaufgabe. Der gewählte Ansatz der Diversität und Intersektionalität sowie die Fokussierung auf den ländlichen Raum wurden ebenfalls begrüßt. Es wurde darauf hingewiesen, dass bei der Umsetzung des GPR III (Drucksache 7/3152) nun alle Ressorts der Landesregierung gefragt seien, das Gender Mainstreaming ernst zu nehmen und die entsprechenden Maßnahmen zu veranlassen. Ebenfalls begrüßt wurde die Nennung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in dem GPR III (Drucksache 7/3152) als zentrale Akteure, die in den ländlichen Raum hineinwirken könnten. Kritik kam

hinsichtlich der Mehrfachbeauftragung und unzureichende Finanzierung für ihr angestrebtes Wirken in der Fläche. Ein Ausbau der Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden wurde angeregt. Positiv hervorgehoben wurde die inhaltliche Vielfalt des GPR III (Drucksache 7/3152) und die Einbeziehung aller Ministerien und der entsprechenden Zivilgesellschaft bei dessen Erstellung. Ebenso wurde die Umsetzung des Gender Mainstreamings und des Gender Budgetings in dem Bericht begrüßt.

Besonders hervorgehoben wurde die Herausnahme des Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder zur Umsetzung der Istanbul-Konvention aus dem GPR III (Drucksache 7/3152). Außerdem bedeute das GPR III (Drucksache 7/3152) eine qualitative Weiterentwicklung der Qualitätsstandards für Chancengleichheit und Familienorientierung an den brandenburgischen Hochschulen. Gefordert wurden unter anderem neben einer gendergerechten und diversitätssensiblen Führungskultur eine gute Willkommens- und Bleibekultur für Wissenschaftlerinnen und die Errichtung einer Landeskoordinierungsstelle für Gleichstellung und Chancengleichheit an Hochschulen. Das Landeshochschulgesetz und das Landesgleichstellungsgesetz sollten in Gleichstellungsthemen besser aufeinander abgestimmt werden. Es wurde betont, dass eine klischeefreie Bildung in Kita und Schule die Grundvoraussetzung dafür sei, Geschlechterunterschiede in den Studien- und Berufswünschen zu ändern. Es bedürfe einer Förderung von Frauen insbesondere im MINT-Bereich.

Die Abschaffung der Servicestelle Arbeitswelt und Elternzeit der Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH zum Jahresende wurde bemängelt. Beratungsangebote wie diese seien unabdingbar und sollten entsprechend Widerhall im GPR III (Drucksache 7/3152) finden. Hinsichtlich einzelner Maßnahmen wurde zum Beispiel hinterfragt, warum in dem GPR III (Drucksache 7/3152) „alleinerziehend“ mit „arm“ gleichgesetzt werde. Alleinerziehende seien nicht arm, weil sie sich allein um ihre Kinder kümmern, sondern weil sie zu 90 % Frauen und Mütter seien. Hier wurde die Bedeutung eines gleichstellungspolitischen Ansatzes in der Familienpolitik betont. Der GPR III (Drucksache 7/3152) müsse unter dem Aspekt weiterentwickelt werden, dass es in der Coronapandemie die Frauen seien, die die Krise bewältigten und die Folgen trügen. Die Auswirkungen der Pandemie seien in dem GPR III (Drucksache 7/3152) nicht berücksichtigt worden.

Generell bedürfe es einer sicheren und auskömmlichen Finanzierung des GPR III (Drucksache 7/3152). Darin waren sich die Expertinnen einig. Angeregt wurde unter anderem, dass sich die Finanzierung weg von Zuschüssen für Personal- und Sachkosten hin zu einer Finanzierung der Verbandsstrukturen wandeln sollte, damit diese längerfristiger und verlässlicher planen könnten.

Der Ausschuss befasste sich in seiner 43. (öffentlichen) Sitzung am 2. Juni 2021 abschließend mit dem Bericht der Landesregierung (Drucksache 7/3152). Hierzu lag dem Ausschuss ein gemeinsamer Antrag für eine Beschlussempfehlung vonseiten der Koalitionsfraktionen vom 2. Juni 2021 (Anlage) vor.

Die Koalitionsfraktionen betonten, dass sie in ihrem gemeinsamen Antrag (Anlage) die wichtigsten neuen Punkte des GPR III (Drucksache 7/3152) genannt hätten. Dazu gehöre die stärkere Beachtung der Istanbul-Konvention. Der Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder sei aus dem GPR III (Drucksache 7/3152) ausgegliedert worden und gewinne dadurch an Bedeutung. Die Koalitionsfraktionen wollten weiterhin den Fokus etwa auf Frauen im ländlichen Raum setzen, aber auch auf Dinge, wie Geschlechterstereotype in der Ausbildungs-, Studien- und Berufswahl. Mit dem Programm würden die Maßnahmen konkreter formuliert. Es sei zu begrüßen, dass das GPR III (Drucksache 7/3152) dynamisch gedacht sei und man im Geltungszeitraum neue Impulse aufgreifen wolle. Bei Themen, die durch Corona einen Vorschub erfahren hätten, wie die Digitalisierung zum Beispiel oder einem stärkeren Antifeminismus im Netz, sollten Geschlechterverhältnisse stärker berücksichtigt werden. Die Koalitionsfraktionen begrüßten das GPR III (Drucksache 7/3152) ausdrücklich und schlossen sich dessen Zielen an.

Die Fraktion DIE LINKE befragte die Landesregierung zu einigen Themen, die im Fachgespräch eine Rolle gespielt hätten und interessierte sich dafür, wie das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz damit umgehe. Angesprochen wurden die Schließung der Servicestelle Arbeitswelt und Elternzeit, die Kritik der Anzuhörenden an der kontinuierlichen Unterfinanzierung der Familien- und Frauenverbände sowie die eventuell notwendige Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes hinsichtlich der Aufgabenstellung der Gleichstellungsbeauftragten. Außerdem fragte die Fraktion, welche Forderungen der Anzuhörenden aus dem Fachgespräch Berücksichtigung im GPR III (Drucksache 7/3152) oder anderweitig finden würden.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz antwortete, dass Hinweise und Anregungen von Fachverbänden und Interessenvertretungen aufgenommen würden. Das GPR III (Drucksache 7/3152) liege, wie von der Landesregierung beschlossen, vor. Bei diesem Programm handele es sich um einen dynamischen Prozess. Die angesprochene Servicestelle liege nicht im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums. Das Landesgleichstellungsgesetz werde vom Ministerium sorgfältig geprüft. Es werde analysieren, welche Form von Veranstaltung sie wählten, um das Programm bei der Umsetzung weiterentwickeln zu können.

Die Koalitionsfraktionen erinnerten in Bezug auf das Landesgleichstellungsgesetz daran, dass der Landtag in seinem Beschluss „Frauen in der Coronapandemie jetzt unterstützen und stärken!“ (Drucksache 7/3020-B) die Landesregierung aufgefordert habe, eine Novelle des Landesgleichstellungsgesetzes vorzubereiten.

Das Ministerium antwortete auf die Frage der AfD-Fraktion nach dem Gender Budgeting, dass dessen Umsetzung momentan federführend von der Landesbeauftragten für die Gleichstellung von Frauen und Männern des Landes Brandenburg, Frau Dörnenburg, entwickelt werde. Wie die Umsetzung erfolge, könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden.

Im Ergebnis beschloss der Ausschuss am Ende der Aussprache mehrheitlich (9 : 4 : 1) mit acht Ja-Stimmen der Koalitionsfraktionen und einer Ja-Stimme der Fraktion DIE LINKE, vier Nein-Stimmen der AfD-Fraktion und einer Stimmenthaltung der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER den gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen vom 2. Juni 2021 (Anlage) und damit, dem Landtag die Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung „Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm für das Land Brandenburg 2020 - 2025 ‚Gleichberechtigt - Zukunft - Gestalten‘ (Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm III)“, Drucksache 7/3152, zu empfehlen.

Anlage

Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 2. Juni 2021



CDU FRAKTION IM LANDTAG
BRANDENBURG



An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Soziales, Gesundheit, Integration
und Verbraucherschutz
Herrn Björn Lüttmann
im Hause

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

für eine Beschlussempfehlung in der 43. (öffentlichen) Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz am 2. Juni 2021 zum Bericht der Landesregierung „Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm für das Land Brandenburg 2020 – 2025 ‚Gleichberechtigt – Zukunft – Gestalten‘ (Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm III)“, Drucksache 7/3152

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz begrüßt die Umsetzung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms III für das Land Brandenburg. Das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm III wird erstmals als offener Prozess begriffen, in den auch im Laufe des Gültigkeitszeitraums neue Entwicklungen und Impulse eingespeist werden können. Dies ist insbesondere aufgrund der Pandemie notwendig, da mittel- und langfristige Folgen noch nicht absehbar sind. Positiv hervorzuheben ist zudem, dass die Einzelmaßnahmen nun noch konkreter mit Zuständigkeiten untersetzt werden. Die beteiligten Verbände haben dies ebenfalls unterstützt.

Bewährte Aspekte des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms III bleiben erhalten, so etwa das offene und vielfältige Familienbild, das Hinterfragen auch männlicher Rollenklischees und das Augenmerk auf Ausbildungs-, Studien- und Berufswahl. Im Flächenland Brandenburg ist der Fokus auf Frauen im ländlichen Raum und geschlechterspezifische Ungleichheiten in der Mobilität elementar.

Zentral bleibt auch die Mädchenarbeit und Bildungsangebote zu Geschlechterstereotypen. Zugleich nimmt das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm III jedoch auch neue Perspektiven in den Blick. Die Istanbul-Konvention wird als Handlungsgrundlage mit allen betreffenden Bereichen verzahnt. Es ist zu begrüßen, dass der Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen nunmehr als eigenständiges Dokument aus dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm ausgegliedert wird und damit zukünftig noch größeres Gewicht erhalten wird.

Queere Lebensweisen sollen auch in der Gleichstellungspolitik durchgängig mitgedacht werden. Weitere Schwerpunkte sind geschlechterspezifische Armut und intersektionale Gleichstellungspolitik, die Überschneidungen mit anderen Vielfaltsdimensionen wie Alter, Herkunft, Behinderungen und Migrationsgeschichte thematisiert.

Stärker in den Fokus rücken – nicht zuletzt durch Corona – auch Folgen und Chancen der Digitalisierung sowie die Auseinandersetzung mit einem erstarkenden Antifeminismus, u. a. im Netz.

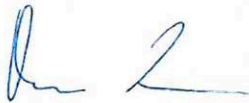
Auch das Thema Parität bleibt nach dem abschlägigen Urteil des Landesverfassungsgerichts ein wichtiges Handlungsfeld, vor allem auf kommunaler Ebene. Begrüßenswert ist außerdem,

dass mit dem geplanten Modellprojekt zu Gender-Budgeting in der Kommune dieses wichtige Themenfeld nun konkret angegangen wird.

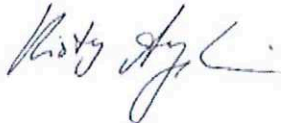
Der Ausschuss möge beschließen:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz empfiehlt dem Landtag die Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung „Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm für das Land Brandenburg 2020 - 2025 ‚Gleichberechtigt - Zukunft - Gestalten‘ (Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm III)“, Drucksache 7/3152.

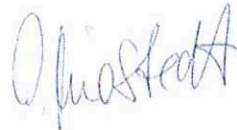
Potsdam, 02.06.2021



Björn Lüttmann
für die SPD-Fraktion



Kristy Augustin
für die CDU-Fraktion



Carla Kniestedt für die Fraktion
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN